

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 44. 33. Jahrg.

29. Oktober 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHERN, PHOTOGRAPHERN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88, 111. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil Bekanntmachungen. An die Kollegenschaft! Unterrnehmer und Existenzminimum. Rundschau. Resolutioer Wissel zum Referat: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Resolution Hilferding zum Referat: Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung. Der Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe. — Allgemeines. Gauleiterkonferenz 1920. Ortsbericht: Niedersiedlitz. Die photomech. Fächer: Wohin der Weg? Entscheiden wir uns! Ortsbericht: Düsseldorf, Chemigraphen — Der photograph. Mitarbeiter: Die Tagung des Zentralverbandes in Erfurt. Graph. Technik: Kleine Maschinen im Steindruck. Eingegangene Gelder. — Adressen Änderungen. Anzeigen.

Bekanntmachungen.

Das Mitgliedsbuch 28024 auf **Moritz Leumer**, Steindruckler lautend, ist bei einem Einbruch in die Wohnung des Buchinhabers mit gestohlen worden. Das Buch ist einzunehmen und an die Verwaltung in Dresden 1, Ritzbergstraße 2, III zu senden.

Tarifvertrag für das Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Nach wiederholt sich notwendig machenden Beratungen ist endlich der Wortlaut des neuen Tarifes mit seinen Anhängen vom Tarifamt fertiggestellt worden, so daß nun der Tarif gedruckt werden kann. Die hohen Unkosten veranlassen den Vorstand von den Mitgliedern für die Entnahme eines gedruckten Tarifes den Preis von 1 Mark das Stück zu fordern, um den von der Verbandskasse zu leistenden Zuschuß nicht zu hoch werden zu lassen.

Die Kollegen, die einen solchen gedruckten Tarif zum Preise von 1 Mark zu haben wünschen, wenden sich zur schnellen Erledigung an die Mitgliedschaftsverwaltung, die diese Tarife vom Geschäftsführer des Tarifamtes, Kollegen Czede, bezieht. An Kollegen Czede ist auch dann Zahlung zu leisten. Wir weisen besonders darauf hin, daß gedruckte Tarife nur vom Tarifamt zu beziehen sind und daß Bestellungen bei der Ortsverwaltung aufzugeben sind.

Der Verbandsvorstand.

Tarifamt für Deutschl. Chemigr. u. Kupferdrucker u. für das deutsche Lichtdruckgewerbe Bekanntmachungen.

In Sachen der Klagen des Hauptvorstandes des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe wider die Hauptvorstände des Bundes der Chemigraphischen Anstalten und Kupferdrucker in Deutschlands E. V. und des Verbandes Deutscher Lichtdruckereibesitzer, auf Gewährung eines weiteren Lohrausgleiches, sind durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers vom 16. Oktober 1920. nachstehende Vereinbarungen getroffen worden:

a) Chemigraphie — Kupferdruck.

1. Jeder Verheiratete oder einen eigenen Haushalt Führende (eigener Haushalt im Sinne der Erwerbslosenfürsorge) erhält einen Zuschlag auf seinen bisher bezogenen Gesamtlohn in Höhe von wöchentlich 15 Mk. Bis zur anderweitigen Regelung der Teuerungszuschläge für die Kurzarbeiter, wie sie von den Parteien in Aussicht genommen ist, erhalten Kurzarbeiter diese Zuschläge nicht.
2. Dieser Zuschlag ist zahlbar vom Beginn der ersten vollen Lohnwoche im Oktober 1920. Seit dem 1. September 1920 gewährte Lohn- oder Teuerungszulagen können auf obige Zulage in Anrechnung gebracht werden.
3. Dieser Schiedsspruch gilt bis zum 31. Dezbr. 1920.

b) Lichtdruck.

1. Jeder verheiratete Gehilfe oder einen eigenen Haushalt Führende (eigener Haushalt im Sinne der Erwerbslosenfürsorge) erhält, wenn er im Farblithdruck beschäftigt ist, 15, Mk., wenn er im Schwarzlichtdruck beschäftigt ist, 10, Mk. Zuschlag auf seinen bisherigen bezogenen

Gesamtlohn. Bei Kurzarbeit wird diese Zulage anteilmäßig gekürzt.

2. Diese Zulage ist zahlbar vom Beginn der ersten vollen Lohnwoche im Oktober 1920. Seit dem 1. September 1920 gewährte Lohn- oder Teuerungszulagen können auf obige Zulage in Anrechnung gebracht werden.

An die Kollegenschaft!

Wie allgemein bekannt, ist bei der Brandstiftung des Volkshauses in Leipzig durch Reichswehrtruppen auch unsere Technische Zentrale restlos ein Raub der Flammen geworden.

Mit dieser Vernichtung sind alle die wertvollen, zum Teil überhaupt nicht zu ersetzenden Drucksachen und Materialien für uns verloren gegangen. Die Notwendigkeit der Wiedererrichtung der Technischen Zentrale ist aber gegeben. Der Verbandsvorstand hat deshalb beschlossen die Sammlung in Berlin neu zu errichten und der Mitgliedschaft Berlin ist aufgetragen, die Mitglieder der Technischen Zentralkommission zu wählen.

Das ist nunmehr geschehen und die Arbeit auf technischem Gebiet soll um größten Umfang aufgenommen werden. Dazu bedürfen wir der Mithilfe der gesamten Kollegenschaft.

Zur Errichtung der Sammlung ersuchen wir um Zuwendung von Drucken aller graphischen Techniker. Wir wissen, daß sich im Besitz der Kollegen für unsere Bestrebungen sehr wertvolles Anschauungsmaterial befindet. Es soll kein Kollege glauben, die in seinem Besitze und uns abzulassenden Sachen seien zu unscheinbar um unserem Zweck dienen zu können. Das trifft bestimmt nicht zu. In der Zusammenstellung mit anderen Arbeiten gewinnen oft die einfachsten Darstellungen hohen Wert.

Wir benötigen auch, um die Entwicklung der einzelnen Arbeitsvorgänge darstellen zu können alte und allerälteste Erzeugnisse.

Da auch die gesamte Fachliteratur mit zugrundegegangenen ist, ersuchen wir um Zuwendung überzähliger Fachwerke und fachtechnischer Artikel.

Sobald wir durch die Unterstützung der Kollegenschaft in der Lage sind die Arbeit in größerem Umfang aufzunehmen, werden wir auch mit bestimmten Vorschlägen über das Wiedererscheinen der Graphischen Rundschau hervortreten.

Die uns gestellten, gewaltigen Aufgaben können wir nur zu lösen versuchen, wenn wir allseitiger Unterstützung sicher sind. Wir bitten deshalb dringend, uns Zuwendungen aller Art zukommen zu lassen und diese an die Adresse des Verbandsvorstandes, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 gelangen zu lassen.

Mit kollegialen Grüßen

Die Techn. Zentralkommission

1. A.: Ernst Herbst.

3. Dieser Schiedsspruch gilt bis zum 31. Dezember 1920. Alle mitteuen Firmen sind dementsprechend verpflichtend, die dem vorstehenden Schiedsspruch entsprechenden Teuerungszulagen ersatzmäßig ab Freitag, den 8. Oktober 1920 zu zahlen.

Berlin, den 21. Oktober 1920.

1. A.: Rich. Köhler, Geschäftsführer.

Unternehmer und Existenzminimum.

Das von uns angerufene Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums hat seinen Spruch gefällt. Obwohl durch diesen Spruch nur den verheirateten oder einen eigenen Haushalt führenden Kollegen eine Erhöhung ihres Lohnkommens zugesprochen worden ist, die sich bei den im Schwarzlichtdruck arbeitenden Kollegen auch noch um 5 Mk. in der Woche reduziert, bedeutet dieser Spruch doch einen Erfolg, der nicht eingehend genug gewürdigt werden kann. Alle in letzter Zeit geführten Verhandlungen zur näheren Heranschiebung der Löhne an das Existenzminimum haben sowohl im Chemigraphiegewerbe wie im Lichtdruck- und Steindruckgewerbe das glatte Nein der Unternehmer gehört, begründet mit der Angabe, daß das Gewerbe eine weitere Erhöhung der Löhne nicht ertragen könne. Alle Einwände der Vertreter der Kollegenschaft, daß mit einer solchen Lohnpolitik der Unternehmer das Gewerbe unrettbar in den Abgrund sausen müsse, vermochten nicht eine bessere Erkenntnis auf der rechten Seite zum Durchbruch zu bringen. Im Gegenteil erklärte man mit der Miene des Biedermanns, daß die Gehilfenschaft das Existenzminimum habe, obwohl man genau wußte, daß bis zum Existenzminimum noch ein recht beträchtliches Stück ist und daß die jetzt einsetzende freie Wirtschaft der Arbeiterschaft die Papierlappen noch mit viel größerer Grazie und Eleganz aus der Tasche ziehen wird als ehemals.

Es sei ganz offen eingestanden: Durch diese Haltung unseres Unternehmertums war das Streben der Kollegen, ohne besondere Erschütterungen des Gewerbes zu einer einigermaßen auskömmlichen Existenz zu kommen, auf das tote Gleis geraten. Der Schiedsspruch, der jetzt wörtlich vorliegt und folgendermaßen lautet:

Steindruck.

1. Jeder Verheiratete oder einen eigenen Haushalt Führende erhält einen Zuschlag auf seinen bisher bezogenen Gesamtlohn in Höhe von wöchentlich 15, Mk. Bei Kurzarbeit wird diese Zulage anteilmäßig gekürzt.
2. Diese Zulage ist zahlbar vom Beginn der ersten vollen Lohnwoche im Oktober 1920. Seit dem 1. September 1920 gewährte Lohn- oder Teuerungszulagen können auf obige Zulage in Anrechnung gebracht werden.
3. Dieser Schiedsspruch gilt bis zum 31. Dezbr. 1920.

Chemigraphie und Kupferdruck.

1. Wie beim Steindruck bis 15,— Mk. Dann weiter: Bis zur anderweitigen Regelung der Teuerungszuschläge für die Kurzarbeiter, wie sie von den Parteien in Aussicht genommen ist, erhalten Kurzarbeiter diese Zulage nicht.
2. und 3. wie bei Steindruck.

Lichtdruck.

1. Jeder Verheiratete oder einen eigenen Haushalt Führende erhält, wenn er im Farblithdruck beschäftigt ist, 15, Mk., wenn er im Schwarzlichtdruck beschäftigt ist, 10, Mk. Zuschlag auf seinen bisherigen bezogenen Gesamtlohn. Bei Kurzarbeit usw. wie bei Steindruck.
2. und 3. wie bei Steindruck.

hat diesen Zustand überwunden und zugleich dargelegt, daß die angebliche Unmöglichkeit des Gewerbes, weitere Belastungen zu ertragen, eine Ausrede faulster Sorte war. Wir wissen schon in Nr. 43 der Graphischen Presse

darauf hin, daß diese ablehnende Haltung der Unternehmer des gesamten graphischen Gewerbes unmöglich nur aus rein gewerblichen Gründen erfolgt sein konnte und gaben der Vermutung Raum, daß hier die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihre unsauberen Hände im Spiele haben müsse. Wenn wir auch ganz offen anerkennen, daß ein Teil unserer Unternehmer nicht auf Rosen gebettet ist, so steht dem gegenüber, daß ein anderer Teil Gewinne erzielt, die das Gewerbe als ein durchaus lukratives erkennen lassen. Auch die Tatsache, daß trotz allen Jammern bei den bis jetzt erfolgten Lohnerhöhungen noch kein Unternehmer zugrundegegangen ist und von ihnen bisher stets verabsäumt wurde, ob der ungeheuren unternehmerlichen Verantwortung in den Kiffel des total unterernährten Arbeiters zu kriechen, um aus seiner angeblich vollen Kompottsüssel zu löffeln, erschien uns genug Beweis, daß das Gewerbe noch durchaus tragfähig ist und nur Einflüsse von außen dieses Verhalten verursachten.

Die von uns geäußerte Vermutung ist schneller gerechtfertigt worden, als erwartet werden konnte. Der bekannte günstige Wind hat auch hier seine Schuldigkeit getan und den Schleier angeblicher gewerblicher Unmöglichkeit mit rauher Hand zerrissen. Das nackte Profitinteresse des Unternehmertums war auch die Ursache der Haltung unserer Unternehmer und die Drapierung ihrer Ausreden mit gewerblichen Unmöglichkeiten lediglich Schall und Rauch, berechnete und zurechtgemacht für diejenigen, die trotz aller Anstrengungen nie alle werden. Das uns bekanntgewordene interessante Rundschreiben der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände an die Unternehmer ist in seinen Anweisungen so brutal, daß wir es dem besonderen Studium der Kollegen empfehlen müssen.

Das Rundschreiben lautet:

»Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an die Herren Arbeitgeber.

Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhindern. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnerhöhung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeiterschaft ist die Resolution natürlich scharf bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen Teilstreiks wird die Aussperrung der Arbeiterschaft eines Bezirkes angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen so wird dringend empfohlen, den Schiedsspruch mit eingehendster Begründung abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisierungskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnerhöhungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten erheblich gefallen sind.

Neue Tarife sollten keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Akkordarbeit genügend Raum zu schaffen; volle Ausnutzung der 48stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlusarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen.

Eine Reihe von Demobilisierungskommissaren erteilt bereits generell die Genehmigung für die Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit. Hingewiesen wird ferner auf die Einführung der Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe.

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen Entlohnung gelernter und ungelerner Arbeiter ist anzustreben; sie ist im Jahre 1919 bis zu 30 Proz. verringert worden; so stieg z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn des ungelerten Arbeiters von 62,2 Proz. im ersten Vierteljahr 1919 vom Lohne des gelernten Arbeiters auf 92,5 Proz. im ersten Vierteljahr 1920. Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemische Industrie beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie einschlägiges Material an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse zu empfehlen. Der Abbau ist zunächst bei den Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.

Wenn Worte tatsächlich noch einen Sinn haben und mit diesem Rundschreiben nicht der

Beweis dafür geliefert worden ist, daß ganz andere als gewerbliche Unmöglichkeiten die Haltung unserer Unternehmer bestimmten, dann mag alles gelten, was in den Verhandlungstagen an die Vertreter der Gehilfenschaft hingeredet worden ist. Dann mag auch die in den Verhandlungstagen von den Unternehmern wiederholt aufgestellte Behauptung, daß die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten erheblich gefallen sind, die sich durch dieses Rundschreiben als ein Gerücht aus deutscher Arbeitgeber-Verbandsküche entpuppt, Geltung haben. Dann mag auch die nun geradezu bis zum Überdruß gemachte Erfahrung in unserem Streben, den Photographengehilfen mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse wenigstens zwei Drittel des Existenzminimums zu sichern, die fast ausnahmslos nur mit sehr mageren Ergebnissen für die Gehilfen endeten und die Schlichtungsausschüsse als unter dem Einfluß der Unternehmer stehend, erscheinen ließen, falsch sein. So lange jedoch der Beweis dafür schuldig geblieben wird, bleiben wir auf unserer Annahme bestehen, daß nicht wirtschaftliche Unmöglichkeit die Nichtgewährung des Existenzminimums als Folge gehabt hat, sondern daß nackte Profitsucht die eingenommene ablehnende Haltung diktierte.

Was das Rundschreiben sonst noch an Feinheiten und Schönheiten enthält, überlassen wir den Kollegen herauszufinden. Jedoch verneinen wir es uns nicht, auf die beabsichtigte Einwirkung auf Gewerkschaftsführer und Betriebsräte hinzuweisen. Daß sich die erprobten Gewerkschaftsführer durch Material aus diesen Kreisen beeinflussen oder gar von ihnen einwickeln lassen werden, glauben die Verzapfer dieses Rundschreibens selbst nicht, daß aber so mancher Betriebsrat auf die ausgelegte Unternehmerleimrute kriecht, dürfte eher eintreten als erwartet wird. Deshalb seien die Betriebsräte doppelt vorsichtig bei ihren Verhandlungen mit den Unternehmern.

Das geschlossene Vorgehen der Unternehmer aber muß der gesamten Arbeiterschaft geradezu einhämmern, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wie ein Nibelungenhort bewacht werden muß. Halten die Unternehmer mit der bisher gezeigten Starrigkeit daran fest, keine Lohnerhöhungen mehr zu gewähren und der Akkordarbeit genügend Raum zu schaffen, dann muß es zu Kämpfen mit riesigem Ausmaß kommen. Und wehe der Arbeiterschaft, wenn die Gewerkschaften dann nicht vollkommen im Takt sind.

Rundschau.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2866012, davon 666392 weibliche, am Ende des Jahres jedoch 7338123 (1612636 weibliche). Es wurden also fast viereinhalf Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5479073 gegen 1648313 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52 gegen 48 im Jahre 1918. Sie wäre noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmelzungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 23862 gegen 10044 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Werbearbeit die deutschen Gewerkschaften noch neben ihrem wahrhaftig nicht geringen Maße anderer Arbeit geleistet haben.

Es wurden für Eintrittsgelder 2867289 Mk., Verbandsbeiträge 185954818 Mk., örtliche Beiträge 43098827 Mk., Extrabeiträge 595722 Mk., von arbeitenden Mitgliedern in Sireikorten 57181 Mk., Zinsen 4063461 Mk. eingenommen, sonstige Einnahmen 10669516 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 247306838 Mk. Ausgegeben wurden für Unterstützungen 44942793 Mk., für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 45300049 Mk., für Bildungszwecke 15609812 Mk., für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 36207477 Mk. Die Verwaltungskosten betragen 59348578 Mk., davon persönliche 6984344, sächliche 5484917 und Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gauen 46879317 Mark. Die Gesamtausgabe betrug 201408709 Mk., das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und der Metallarbeiter) 133180009 Mk., davon in den Hauptkassen 107503081 Mk.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Geldverkehr bei den Gewerkschaften sich ganz gewaltig entwickelt hat, aber auch ferner, daß ihre Kassen riesig in Anspruch genommen werden müssen.

Der französische Gewerkschaftskongress in Orleans hat sich gegen den Anschluß an die 3. Internationale erklärt. Am 2. Oktober sprachen Rey und Merrheim gegen die Kommunistische Internationale, weil sie gegen die gewerkschaftliche Autonomie sei. Frossard und Bout sprachen für den Anschluß, Jouhaux für eine Resolution, die die Beschlüsse von Amiens (der vorjährigen Tagung) als Grundlage für die französische Gewerkschaftsbewegung bezeichnet und erklärt, daß die Nationalisierung der wichtigsten industriellen Betriebe unvermeidlich sei. Diese Resolution wurde in der Schlusssitzung mit 1478 gegen 602 Stimmen angenommen. Für eine Resolution Verdier, in der der Standpunkt der äußersten Linken zum Ausdruck kam, stimmten 42 Mitglieder, 83 enthielten sich der Abstimmung.

Die Minderheit hat in einer besonderen Sitzung beschlossen, ein revolutionäres Komitee zu bilden und der 3. Internationale beizutreten, ohne jedoch die Selbständigkeit der französischen Gewerkschaftsbewegung aufzugeben.

Entlassungen in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern. Es sind wiederholt Zweifel darüber entstanden, ob dem Betriebsobmann oder dem einzelnen Arbeitnehmer in Fällen, in denen kein Arbeiter- oder Angestelltenrat nach dem Betriebsrätegesetz vorgesehen ist, das Recht zusteht, den Schlichtungsausschuss anzurufen, wenn ein Mitglied dieses Betriebes gegen seine Entlassung Einspruch erhebt. Der Reichsarbeitsminister hat hierauf, wie die »Textil-Woche« erfährt, folgende Auskunft erteilt: »In Fällen, in denen keine Arbeiter- oder Angestelltenräte vorhanden sind, können der Obmann oder mangels eines solchen die Arbeitnehmerschaft den Schlichtungsausschuss nur auf Grund des § 20 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, also wenn die Kündigung zum Anlaß einer (allgemeinen) Arbeitsstreikigkeit geworden ist, zur Vermittlung, nicht zur verbindlichen Entscheidung anrufen. Die Rechte aus § 81 ff. des Betriebsrätegesetzes haben nur der Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat. Weitergehende Ansprüche sind in der Nationalversammlung abgelehnt worden.«

Man kann über diese Frage auch anders denken als das Reichsarbeitsministerium. Sollte die Auslegung aber richtig sein, dann wird es die höchste Zeit, daß das Betriebsrätegesetz geändert wird, damit auch die Arbeiterschaft in den Kleinbetrieben zu ihrem Rechte kommt.

Auch wir verlangen endlich Erfüllung! Nach dem § 70 des Betriebsrätegesetzes soll möglichst bald ein Gesetz erlassen werden, nach dem ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt werden müssen. Die Regierung hat bisher unter dem Druck der Unternehmer noch immer nicht Zeit gefunden, diesen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen. Der sozialistische Abgeordnete Giebel erklärte deshalb in einer Anfrage: »In allen Arbeitnehmerkreisen wird großes Gewicht auf die schnelle Herbeiführung dieses Gesetzes gelegt.« — Er fragt die Regierung, ob sie bereit sei, diesen Gesetzentwurf dem Reichstage alsbald nach seinem Zusammentritt vorzulegen, um zu ermöglichen, daß er noch vor Jahresschluß vom Reichstage verabschiedet werden kann.

Beschaffungsbeihilfe für Arbeitslose. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages teilte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit, daß das Reich für eine einmalige Beschaffungsbeihilfe an Arbeitslose 50 Millionen Mark ausgeworfen hat. Da hierzu noch die auf die Länder und Gemeinden entfallenden Beträge kommen, so soll jeder Erwerbslose, dessen Arbeitslosigkeit länger als acht Wochen dauert, etwa 400 bis 450 Mark als einmalige Beihilfe erhalten.

Resolution Wissel zum Referat: Die wirtschftl. Lage Deutschlands

Die zweijährigen Versuche, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert.

Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen scheinbaren Aufschwung nach Aufhebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltsamem Zerfall. Die Produktion stockt, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochen, Maschinerie ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Geldentwertung und Valutaverschlechterung sperrt Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigendem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankrott der Staatsfinanzen sperrt Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Geldentwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an.

Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch tausende Finten und Listen der Besteuerung zu entziehen

und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen.

Auf den bisherigen Wegen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftslehre, wonach die Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten diene, hat ihre innere Unwahrheit jedem klar offenbart. Sie darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen.

Je weiter der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die körperliche und geistige Schwächung und Verkümmern aller Arbeitskräfte vom Handarbeiter bis zum Techniker und Erfinder fortschreitet, um so schwieriger wird der Wiederaufbau. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang förderte, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden.

Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

Resolution Hilferding zum Referat: Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung.

Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Kriege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt hat.

Nur die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiterschaft. Der Kongreß erblickt in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzusetzen.

Der Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe.

Der Machtkampf im Berliner Zeitungsgewerbe, der sich sehr leicht zu einem allgemeinen Kampf hätte ausweiten können, ist durch Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium durch einen Vergleich beendet worden. Die bis zu 95 Prozent in der Afa organisierten Angestellten in den Berliner Zeitungsunternehmen hatten ob ihrer schlechten Entlohnung eine Forderung auf Erhöhung der Gehälter um 20 Prozent gestellt, was die großkapitalistischen Zeitungsverleger veranlaßte, zu versuchen, der Gruppe der kaufmännischen Angestellten als Abwehr der geforderten 20prozentigen Gehaltserhöhung einen Gehaltsabbau in gleicher Höhe aufzuzwingen, um später womöglich die übrigen Gruppen des Gewerbes der gleichen unsozialen Behandlung unterwerfen resp. gegeneinander auszuspielen zu können. Die Vermutung liegt nahe, daß die Unternehmer glaubten, bei den Angestellten einen erfolgreichen Versuch machen zu können, die Forderung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf einen allgemeinen Abbau der Löhne durchzusetzen und so dafür einen Resonanzboden zu schaffen.

Die Unternehmer sind mit ihrem Plane glänzend ins Wasser gefallen. Die Aufnahme des Kampfes durch die Angestellten, die bis auf den Vorwärts, die Freiheit und die Rote Fahne, die schon vorher die Forderung der Angestellten erfüllt und dadurch den Beweis für die Möglichkeit der Erfüllung der Forderung gegeben hatten, das Erscheinen aller anderen Zeitungen verhinderte, brachte in seiner Konsequenz die Aussperrung auch des technischen Teils der Arbeiterschaft der Berliner Zeitungsbetriebe. Es war ein selbstverständlicher Akt proletarischer Solidarität, daß das technische Personal die Verrichtung jeglicher Streikarbeit verweigerte, sich aber bereit erklärte, die Zeitung ohne Anzeigen herzustellen. Das im Laufe des Kampfes stärker in die Erscheinung tretende Problem der indirekten Streikarbeit, das aus den Verhandlungs- und Versammlungsräumen nun auch in den Vordergrund der Öffentlichkeit gesprungen ist, sei einer späteren eingehenden, von den Ereignissen des Tages weniger beeinflussenden Zeit vorbehalten.

Mit der erfolgten Aussperrung des technischen Teiles der Arbeiterschaft der Zeitungsbetriebe wurde die Zahl der Ausständigen auf rund 16.000 hinaufgetrieben, wovon rund 100 der Ausständigen aus den Reihen unseres Verbandes stammten. In der Hauptsache betroffen waren von unseren Berufen die Chemigraphen. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Aussperrten unseres Berufes hat es deshalb auch mit sich gebracht, daß die Leitung unseres Verbandes an den geführten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium nicht beteiligt war.

Die brüske Haltung der Unternehmer, die neben der vollzogenen Aussperrung auch in der Ablehnung des Schiedsspruches des Berliner Schlichtungsausschusses, der den Angestellten in Rücksicht der Verteuerung sämtlicher Lebensbedingungen eine 15prozentige Erhöhung der Gehälter zusprach, zum Ausdruck kam, hat verschiedentlich die Forderung aufstellen lassen, diesen Kampf weiterzutreiben und durch seine größere Ausdehnung aus dem Bereiche eines Lohnkampfes herauszuheben und ihn zu einem politischen zu machen. Dieser Forderung nachzukommen war jedoch nirgends Neigung vorhanden und hätte auch lediglich nur zu einer Niederlage der Arbeiterschaft geführt, die ihren Einfluß ganz besonders auf die jetzt im Gange befindlichen Tarifberatungen der Buchdrucker ausüben mußten.

Den ausgebrochenen Kampf nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit beizulegen, waren die maßgebenden staatlichen Stellen, wie das Arbeitsministerium, bemüht. Diese Bemühungen, wie sehr wahrscheinlich auch die Erkenntnis, daß der Einfluß der Arbeiterpresse durch das Nichterscheinen aller anderen Zeitungen auf die Bevölkerung ein überragender sein würde, haben am 13. Oktober zu Verhandlungen unter der Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums zwischen dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe und dem Verband der Deutschen Buchdrucker, dem Verband der Buch- und Steindruckerehilfsarbeiter, dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter und dem Deutschen Transportarbeiterverband geführt, in welchen nachstehender Vergleich abgeschlossen wurde:

1. Sämtliche Arbeitnehmer werden wieder eingestellt, und das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Maßregelungen irgendwelcher Art unterbleiben von beiden Seiten.
2. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Donnerstag, den 14. Oktober, mittags 12 Uhr.
3. Bei der nächsten Lohnzahlung, spätestens bis Sonntabend, den 16. Oktober, erhalten die Arbeitnehmer 75 Prozent des Lohnes einschließlich der übrigen Zulagen für die ausgefallenen Tage. Die Zahlung der restlichen 25 Prozent wird von der Entscheidung eines vom Reichsarbeitsministerium einzusetzenden Schiedsgerichts abhängig gemacht, welches zu der Streiklage grundsätzlich Stellung nehmen soll.
4. Diese Abmachung gilt zugleich für alle Organisationen, die Angehörige im Zeitungsgewerbe haben.

Der Vergleich zwischen dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe und dem Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß Berlin, und dem Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes besagt:

1. Die Gehaltsätze des Tarifvertrages vom 31. Mai erhalten folgende Abänderungen: Die Gehaltsgruppen A und B erhalten einen Zuschlag von 12 Prozent für Ledige und von 15 Prozent für Verheiratete. Die Gehaltsgruppen C und D erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent für Ledige und von 12 1/2 Prozent für Verheiratete. Lehrlinge und Ungelernte erhalten einen Zuschlag von 15 Prozent. Adressenschreiber und diätarisch beschäftigte Hilfsarbeiter erhalten unter 20 Jahren einen Zuschlag von 3 Mk. täglich, über 20 Jahre einen Zuschlag von 4 Mk. täglich.
2. Diese Zahlungen gelten für die Zeit vom 15. September bis 31. Dezember.
3. Streiktage werden nicht bezahlt.
4. Sämtliche Angestellten werden wieder eingestellt und das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Maßregelungen irgendwelcher Art unterbleiben von beiden Seiten.
5. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Donnerstag, den 14. Oktober 1920, mittags 12 Uhr.

Auf Grund dieser Vergleiche ist die Arbeit im Laufe des 14. Oktober wieder aufgenommen worden.

Zur Frage der indirekten Streikarbeit, die bei diesem Lohnkampf die größte Rolle spielte, werden wir in nächster Nummer einiges sagen.

So notwendig es wäre, diesen nun beendeten Kampf eingehend kritisch zu würdigen, wollen wir uns lediglich darauf beschränken, aufmerksam zu machen, welche Stellung das Zeitungskapital der Arbeiterschaft gegenüber eingenommen hat. Rücksichtslos, mit ganzer Brutalität und gestützt auf seine Macht, hat das großkapitalistische Zeitungsunternehmertum den Kampf geführt und dadurch bewiesen, daß es gleich den andern ist. Solche Unternehmer durch den Bezug der von ihnen herausgegebenen Zeitungen unterstützen, hieße sich glatt gegen die Arbeiter stellen. Das kann und darf es in Zukunft nicht mehr geben! Deshalb fort mit solchen Zeitungen aus Arbeiterwohnungen. Die Arbeiterpresse bietet wahrlich weit besseres.



Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Parteien des Berufes.

Gauleiterkonferenz 1920. Arbeitslosenunterstützung und Beitrag.

Der Benandlung der Frage: Arbeitslosenunterstützung und Beitrag voraus ging die mit der Gauleiterkonferenz verbundene Konferenz der Photographen. Schon bei Eintritt in die Verhandlungen des zweiten Verhandlungstages begrüßte Kollege Haß die Vertreter der Photographen und stellte dann bei Eintritt in die Spezialberatung der Photographenfragen fest, daß folgende Vertreter anwesend seien: Die Kollegen Sadina und Natge, Berlin; Näher, Leipzig; Harll, München; Schlemm, Hamburg; Wehrauch, Köln; Günzel, Chemnitz-Karstedt, Görlitz; Kestler, Stuttgart; Hensel, Frankfurt a. M. Ferner erklärten die Gauleiter Leinen, Dresden und Schaft, Nürnberg, von den Photographen beauftragt zu sein, die Interessen der Photographen ihrer Gause zu vertreten.

Über die Verhandlungen der Konferenz der Photographen wurde schon in Nr. 41 der 'Graphischen Presse' unter dem Titel: Photographischer Mitarbeiter eingehend berichtet, weshalb es sich erübrigte dürfte, nochmals darauf einzugehen.

Den vierten Punkt der Tagesordnung: Arbeitslosenunterstützung und Beitrag behandelte als Referent Kollege Haß. Einleitend die wirtschaftliche Lage Deutschlands skizzierend, behandelte Redner die mit dem Niedergang der Produktion notwendigerweise verbundene Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Warenherstellung. Die Arbeitslosigkeit hat besonders in den großen Städten einen derartigen Umfang angenommen, daß nicht nur Staat und Gesellschaft, sondern auch die Gewerkschaften besonders sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Da auch wir in den großen Städten sehr unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben und damit rechnen müssen, daß diese Arbeitslosigkeit auch über den ganzen Winter bestehen bleibt, muß die Frage geprüft werden was vom Verband getan werden kann, den arbeitslosen Kollegen in ihrer Bedrängnis nach Möglichkeit zu helfen. Dabei kann nur eine finanzielle Unterstützung in Frage kommen. Der Verband kann jedoch mit seinem jetzigen Beitrag nicht auskommen, auch wenn sich die Kurzarbeit nicht noch verstärkt. Trift eine weitere Ausdehnung der Kurzarbeit ein, dann ist unmöglich, mit dem jetzt gezahlten Beitrag die statutarisch festgesetzten Unterstützungssätze zu sichern. Aber im gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine Erhöhung der Beiträge fast unmöglich. Verbandsmittel kommen deshalb vor besonderen Unterstützung der Arbeitslosen nicht in Frage und nur die Leistung einer Extrasteuer ermöglicht, für die Arbeitslosen besonders etwas zu tun.

Im Augenblick müssen wir mit rund 2000 Arbeitslosen und 4000 Kurzarbeitern rechnen. Eine Unterstützung unter 10 Mark in der Woche den Arbeitslosen fortlaufend zu gewähren, geht nicht gut an. Redner schildert nun, wie die anderen Verbände diese Frage geregelt haben und gibt einen Überblick, wie sie die Gelder dafür aufbringen. Wollen wir allen unseren Arbeitslosen eine fortlaufende Unterstützung in Höhe von 10 Mark in der Woche geben, dann müsse von allen Arbeitenden 2 Mark Extrabeitrag geleistet werden. Lehnen die Gauleiter eine solche Regelung ab, dann kann es nur der örtlichen Regelung vorbehalten bleiben, für die Arbeitslosen besonders etwas zu tun.

In der Aussprache wird gegen den gemachten Vorschlag besonders eingewendet, daß bei weiterer Steigerung der Arbeitslosigkeit auch der in Vorschlag gebrachte Satz nicht dauernd zur Auszahlung gebracht werden kann. Haben wir aber erst einmal den Anfang gemacht, dann können wir nicht mehr davon los. Hinzu kommt noch, daß ein Teil der Kollegen den Extrabeitrag nicht leisten kann. Zu erwarten ist, daß die Photographen mit ihren niedrigen Löhnen diesen Beitrag nicht leisten werden und für verschiedene nur Veranlassung wäre, vom Verband wieder abzuspringen. Wiederholt wird darauf verwiesen, daß es Pflicht des Staates und der Gesellschaft ist, für die Arbeitslosen zu sorgen. Nehmen die Gewerkschaften diese Pflichten wieder auf sich, dann ist an eine staatliche Gewährung auskömmlicher Unterhaltung der Arbeitslosen überhaupt nicht zu denken. Die Arbeitslosigkeit wird für Deutschland auf lange Zeit hinaus akut sein, jedoch haben die Gewerkschaften angesichts dieser Tatsache nicht alles getan, was zu tun notwendig gewesen wäre. Aus dieser Tatsache zieht ein Teil der Redner den Schluß, daß die Gewerkschaften verpflichtet sind, nach ihren Kräften auch in der Zeit der Not den Arbeitslosen beizustehen. Diese Pflicht den einzelnen Orten aufzuerlegen, hieße denjenigen Kollegen in Orten, die mit Arbeitslosigkeit weniger gesdiagen sind, die Lasten abzunehmen und jenen mit aufzuerlegen, die schon immer Opferfreudigkeit bewiesen haben.

Kollege Haß stellt in seinem Schlußwort fest, daß die fast allseitige Ablehnung einer zentralen Regelung der besonderen Unterstützung der Arbeitslosen nun den einzelnen Mitgliedschaften die Verpflichtung auferlege, in dieser Frage etwas zu

tun und hebt hervor, daß bei einer besseren Entlohnung der Kollegenschaft dem Verbandsvorstand das Recht gegeben werden muß, auch die Frage der Erhöhung des Beitrages zu beraten.

Unter Punkt Verschiedenes gibt Kollege Haß auf Wunsch verschiedener Konferenzteilnehmer eine kurze Übersicht über die bisher geleistete Tätigkeit in den sozialen Ausschüssen in der Arbeitsgemeinschaft und über die mit der Arbeitsgemeinschaft unmittelbar zusammenhängende Tätigkeit in der Außenhandelsstelle für das Papierfach. An Hand einiger Beispiele weist Redner besonders darauf hin, welche Vorteile unseren Kollegen durch die Beteiligung und Mitarbeit in der Außenhandelsstelle erwachsen sind und wie wir nur dadurch, daß wir auch diese Kanäle der Produktion und des Handels kennen lernen in die Lage versetzt werden, zum geeigneten Zeitpunkt nicht nur die Produktion, sondern auch die Verteilung der Waren und den Verkehr mit außerdeutschen Ländern fest in unseren Händen halten können.

Über verschiedene eingegangene Anträge berichtet Kollege Haß. Da ein Teil davon auch den übrigen Gewerkschaften zugegangen sind, dürften sie ihre Erledigung durch den Ausschuß des A. D. G. B. finden. Der Antrag der Württembergischen Kollegen, Unterstützung für die Generalstreikfrage zu gewähren, kann nicht erfüllt werden, weil ein Beschluß des Ausschusses des A. D. G. B. vorliegt, bei politischen Streiks keine Unterstützung zur Auszahlung zu bringen. Als einzelne Organisation können auch wir nicht gegen einen solchen Beschluß handeln.

Zum Schluß berichtet noch Kollege Köhler über eine Aussprache mit einem Delegierten der russischen Gewerkschaftskommission, der im Tarifamt vorsprach, um sich über die gesamten Einrichtungen der graphischen Arbeiter auf tariflichem und organisatorischem Gebiete zu orientieren. Bei dieser Aussprache wurde die Darstellung, die der Abgeordnete Dittmann über die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands gegeben hat, als durchaus zutreffend hingestellt und von dem russischen Gewerkschafter selbst davor gewarnt, jetzt nach Rußland auszuwandern. Obwohl ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen sei, liegt die gesamte russische Industrie doch noch derartig darnieder, daß erst noch weiter aufgebaut werden muß, ehe deutsche Arbeiter die Verhältnisse vorfinden, die ihnen eine volle Anwendung ihrer Arbeitskraft möglich machen.

Kollege Haß spricht nun den Wunsch aus, die in der Konferenz geleistete Arbeit als Ansporn zu benutzen, weiterhin mit ganzer Kraft für die Interessen der Kollegenschaft einzutreten und schließt die Konferenz 7/4 Uhr.

Ortsberichte.

Niedersedlitz. In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Hickmann, Dresden über »Arbeitsrecht«. Der Vortrag war geeignet, der Kollegenschaft eine Fülle von Anregungen und Aufklärungen zu geben und wurde sehr beifällig aufgenommen. Dazu muß leider konstatiert werden, das noch immer ein Teil der Kollegen, Versammlungen mit so bildenden Referaten versäumen. Aus der weiteren Tagesordnung ist besonders eine Aussprache über die Lage unseres Berufes hervorzuheben. Mit lebhaftem Interesse wurde das jüngste Altentat auf unseren Beruf, auf die Postkartensparte, durch die Portoerhöhung diskutiert. Zusammenfassend ist der »Graphischen Presse« folgendes zu übermitteln: Allgemein tritt die Überzeugung klar hervor, daß durch die Erhöhung des Kartenportos der Ansichtskartenindustrie schwerer Schaden zugefügt worden ist. Der Absatz von Kartenerzeugnissen ist katastrophal zurückgegangen. Viele kleine Betriebe werden geschlossen, große Betriebe arbeiten stark verkürzt. Die Arbeitslosenmassen, hier technisch hochqualifizierte Arbeiter, werden vergröbert, während die durch die Erhöhung des Kartenportos erzielten Mehreinnahmen keinerlei Besserung der Reichspostfinanzen mit sich gebracht haben. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer haben das gleiche Interesse, die Regierung zu Maßnahmen zu zwingen, diesen schädigenden Einfluß auf einen ganzen Kunstberuf aus der Welt zu schaffen. Kollegen im ganzen Reiche! Protestiert gewaltig gegen dieses Todesurteil eures Broterwerbes. Steuererschließungen fürs Reich, welche ganze Gewerbe bedrohen, müssen zurückgewiesen werden. Dieselben charakterisieren die Fähigkeiten der auf finanzpolitischem Gebiete derzeit tätigen Größen. Dasselbst scheinen bisherige Proteste keinen Eindruck gemacht zu haben, hier heißt es ernsthaft zu demonstrieren und an allen Stellen den Unwillen gegen dieses Madweik zu bezeugen. Im Interesse unseres Berufes sind gemeinsame Aktionen sofort einzuleiten, wozu der Hauptvorstand sowie der Graphische Bund Direktiven geben wollen, die geeignet sind, dem Willen der graphisch Tätigen, ihren Lebenserwerb zu erhalten, entsprechen, so fortlige Abhilfe dieser beruflichen Vergewaltigung zu bringen. B.



Wohin der Weg? — Entscheiden wir uns!

In der Polemik unter diesem Titel arbeiten sich jetzt allmählich die beiden gegensätzlichen Auffassungen heraus, die nicht nur zwischen Kollegen Ukrow und mir bestehen, die vielmehr die gesamte organisierte Arbeiterschaft in zwei Lager spalten. Diese Gegensätze müssen in geistigem Kampf ausgetragten werden, um endlich wieder zu einer Annäherung zu kommen. Ich begrüße deshalb auch den letzten Aufsatz des Kollegen U., weil mir derselbe zu zeigen scheint, daß eine Verständigung durchaus im Bereich des möglichen liegt. Fassen wir also die Sache herzhalt an und geben wir uns Mühe, einander zu verstehen.

Zunächst sei konstatiert, daß Kollege U. das Schwergewicht der Diskussion auf die Umstellung unserer bisherigen politischen und wirtschaftlichen Auffassung legt und daß er dadurch die Frage der Tarifpolitik mehr in den Hintergrund drängt. Er geht von dem Gedanken aus, daß eine grundlegende Änderung der von den Gewerkschaften eingenommenen Stellung sowieso die Tarife und die Arbeitsgemeinschaften wieder beseitigen werde. Um diese veränderte Haltung herbeiführen zu helfen, vertritt U. die Ansicht, daß der Kapitalismus kurz vor seinem Zusammenbruch stehe und daß es nur an unserem Willen liege, um ihn binnen kurzem vollends zu stürzen. Diese Auffassung erscheint mir für die Arbeiterschaft gefährlich zu sein, weil sie dazu verleitet, die heute besonders notwendige Zusammenfassung und Schulung des Proletariats hintanzusetzen und fatalistisch auf den Augenblick zu warten, wo der Kapitalismus zusammenbricht.

Es besteht wohl innerhalb der gesamten sozialistisch denkenden und fühlenden Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise zu beseitigen und die sozialistische an deren Stelle zu setzen sei. Und wer wollte nicht heute schon freudig helfen, diese Umwälzung zu vollziehen, wenn die Möglichkeit dazu gegeben wäre. Hat denn aber irgend jemand bisher einen sicheren Weg gewiesen, der uns rasch zu dem erstrebten Ziel führe?

Gemeint aller Marxisten ist die Erkenntnis, daß die höchste Blüte des Kapitalismus zugleich die Götterdämmerung desselben ist. Der Kapitalismus erzeugt in seinem Schoße seinen einstigen Überwinder, den Sozialismus. Und je unumschränkter die Machtfülle des Kapitalismus nach außen in die Erscheinung tritt, desto mehr ist sein Inneres zerfallen, desto lebenskräftiger ist sein Sprößling, der Sozialismus. Der Kapitalismus wird gleichsam vom Sozialismus aufgezehrt, er muß an ihn Nährstoffe, später Organe abgeben, die neue Nährkraft produzieren, bis der ausgesogene Leib nicht mehr in stande sein wird, die entzogenen Kräfte zu erneuern und ein schneller Zerfall einsetzt. Dann wird die Sprengung der morschen Schale durch den Sozialismus ein naturnotwendiger, kurzer Akt sein, der von der Allgemeinheit ohne weiteres ertragen werden kann.

So weit sind wir aber heute noch nicht und es ist geradezu verhängnisvoll, wenn man dem Arbeiter immer wieder einredet, daß in nächster Zeit der Zusammenbruch des Kapitalismus zu erwarten sei. Die Folge dieser Agitation ist, daß der größte Teil der Arbeiterschaft es nicht für der Mühe wert hält, den Organismus der Welt verstehen zu lernen. Diese Wirtschaft bricht ja doch bald zusammen und nachher kommt das Neue, das Wunderbare, der Sozialismus.

Hier, lieber Kollege U., hat die Arbeit des Sozialisten einzusetzen. Wir haben dem Proletariat zu zeigen, daß der Kapitalismus sich nicht nur äußert in der Anhäufung großer Vermögen in wenige Hände, sondern auch in seinem »demoralisierenden Einfluß« auf die Arbeiterklasse. Ich bin durchaus nicht willens, mich in der diesem Einfluß zu beugen, sondern setze mich nach Kräften gegen denselben zur Wehr. So lange ich aber sehen muß, wie sich Arbeiter vom Kapitalismus mißbrauchen lassen, um ihre eigenen Klassengenossen auszuweiden, wie bei vielen der eigene Vorteil das höchste Gebot ist, so lange habe ich einige Bedenken gegen den so oft im Munde geführten Idealismus. Zur Überwindung des Kapitalismus brauchen wir aber Idealismus und zwar den Idealismus, der in zäher Arbeit, trotz Not und Engherzigkeit, trotz Hohn und Spott nicht nachläßt, den Weg zu ebnen, auf dem die Proletarierarmee marschieren kann. Den Idealismus, der nicht fragt, wann der Sozialismus kommt, der vielmehr weiß, daß er kommt.

Wie lange wir mit dem Weiterbestehen der kapitalistischen Wirtschaftsform noch zu rechnen haben, kann ich ebenso wenig wissen, wie sonst irgend ein lebendes Wesen. Die Entwicklung vollzieht sich nicht im gleichmäßigen Tempo, sondern schreitet unter dem verschieden wirkenden Druck der treibenden Kräfte bald schneller, bald langsamer fort. Das aber weiß ich, daß eine Periode des wirtschaftlichen Niederganges niemals dem Kapitalismus, aber stets dem Proletariat gefährlich wird. Die allgemeine Not ist kein Merk-

mal eines geschwächten Kapitalismus, wohl aber ein Signal für die Arbeiterklasse, sich zusammenzuschließen und ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um endlich zur Macht zu gelangen. Denn daß die Überwindung des Besiehenden eine politische Maßnahme ist, ist mir mindestens eben so klar, wie Kollegen U. Nur möchte ich dazu bemerken, daß man die politische Macht, wenn man sie einmal hat, nicht in solch schmählicher Weise aufs Spiel setzen darf, wie es bei uns leider geschehen ist. Man muß sich bei uns abgewöhnen, diejenige Richtung der Arbeiterschaft, die durch den Mehrheitswillen des Volkes zur Macht gelangt ist, als Verräter zu beschimpfen, wenn man ihre augenblickliche Taktik nicht zu verstehen vermag. Sachliche, selbst scharfe Kritik mag zuweilen angebracht sein, nie aber darf dieselbe zum Gaudium des Bürgertums zur brüdermörderischen Hetze ausarten. Seien wir alle dessen eingedenk, wenn es wieder einmal gegen den gemeinsamen Feind geht.

Wenn aber unser Streben nach Überwindung der bestehenden Wirtschaftsordnung eine Maßnahme ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Frage mit dem Augenblick gelöst ist, in dem wir die politische Macht ergriffen haben. Denn dann beginnt die eigentliche Arbeit erst. Wir können dann nicht einfach durch ein Dekret den Kapitalismus für abgeschafft erklären, sondern wir müssen der Klasse der Besitzlosen die Arme frei machen, um die kapitalistischen Fesseln lockern und endlich ganz abstreifen zu können. Dazu ist gesetzgeberische Arbeit notwendig, die sich aber auch erst in gewissen Zeiträumen auswirken kann. In der Zwischenzeit haben wir alle Hände voll zu tun, um die noch unaufgeklärten Massen von der Notwendigkeit der ergriffenen Maßnahmen zu überzeugen. Das mag manchmal ein schweres Stück Arbeit sein, weil die Massen eine schnelle Besserung ihrer materiellen Lage erwarten. Aber nichtsdestoweniger müssen wir uns dieser Arbeit unterziehen, wenn wir es ernst meinen mit dem endgültigen Siege des Sozialismus.

Diese in großen Zügen geschilderten Aufgaben haben selbstverständlich zur Voraussetzung, daß jetzt schon alles nur irgend mögliche in Angriff genommen wird, was die Umstellung der Wirtschaft vorbereiten kann. Wir können damit nicht warten, bis wir die politische Macht errungen haben, vielmehr für die Eroberung und den dauernden Besitz der politischen Macht tragfähige wirtschaftliche Fundamente schaffen. Zur Errichtung dieser Fundamente benutzen wir die Gewerkschaften, deren wirtschaftlicher Einfluß unbedingt zu stärken ist.

Als Mittel zu diesem Zweck betrachten wir die Tarifverträge, die Arbeitsgemeinschaften und die Betriebsräte. Daß diese Mittel vollkommen sind, behaupte auch ich nicht. Solange wir aber nur eine Betriebs- und Wirtschaftsdiktatur aufbringen können — und Kollege U. bestätigt, daß wir heute noch nicht einmal eine Produktionskontrolle ausüben können — solange müssen wir eben Vertiefung abschließen, in denen nicht nur wir, sondern auch der Kontrahent zu Worte kommt. Ich verweise darauf, daß auch manche »revolutionäre« Auftrete der Gewerkschaftsleitung um den Abschluß von Tarifverträgen nicht herkommt, weil ein anderes Mittel, die beruflichen Verhältnisse zu stabilisieren, augenblicklich nicht vorhanden ist. Im übrigen sind die zahlreichen Tarifabschlüsse seit 1918 nur deshalb möglich geworden, weil seit dieser Zeit die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in ständigem, schnellem Steigen begriffen ist. Zu diesen Tarifabschlüssen mußte das Unternehmertum vielmehr erst energisch genötigt werden, ein Beweis, daß mit dem Tarif eine Besserung der Berufsverhältnisse erreicht werden sollte und auch erreicht worden ist. Man verschone uns doch deshalb mit den klingenden Phrasen wie: »Die Kraft der Arbeiterklasse war in kapitalistischer Gesetzlichkeit ertränkt.« Darüber lachen ja die Hühner. Auch die Bemerkung, daß es ganz gleichgültig sei, ob wir mit oder ohne Tarifverhörungen, wenn wir nicht gewillt sind, den Kapitalismus beiseite zu stoßen usw., zeigt, daß Kollege U. meinen ihm gewidmeten Artikel nur sehr flüchtig gelesen haben muß, denn sonst hätte er solchen Ausspruch, um den ich ihn wirklich nicht beneiden kann, unterlassen. Ich habe in meinem Artikel »Der Wegweiser« offen ausgesprochen, daß mit der Möglichkeit einer tariflosen Zeit in unserem Berufe gerechnet werden muß. Eine starke Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, daß diese Zeit nicht von langer Dauer sein wird. Ich bin sogar vermessen genug, um zu behaupten, daß selbst Kollege U. seine ganze Kraft dafür einsetzen wird, den Beruf wieder in »tarifliche Fesseln« zu schlagen, wenn er erst einmal die Schönheiten einer tariflosen Zeit im Chemigraphiegewerbe kennen gelernt hat.

Im allgemeinen gesprochen: Wir sind gewillt, den Kapitalismus beiseite zu stoßen und die sozialistische Gemeinwirtschaft zu errichten. Darum lassen wir nicht lockern und hängen uns wie die Kletten in alle wirtschaftlichen Körperschaften hinein. Wir wollen uns nicht mehr abschütteln lassen und zur früheren Einflußlosigkeit zurückkehren. Deshalb sitzen wir auch mit den Unternehmern in den Arbeitsgemeinschaften zusammen, ob es denen nun gefällt oder nicht. Die Geister, die sie rieten, werden sie nicht mehr los. Daß der Kapitalismus unfähig ist, die Leiden der Zeit zu heilen, daß er uns vielmehr in ein immer noch größeres Chaos

hineinführt, wenn er keinen Widerstand findet, das lehnen uns schon unsere großen Vorkämpfer Marx und Engels. Sie empfahlen uns aber nicht, uns in das Chaos treiben zu lassen, sondern sie forderten von uns den entschlossensten Widerstand gegen die verwüstende Macht des Kapitals. Marx behandelte schon in seinem »Kapital« die unheilvollen Folgen, die durch das Ansdwollen der von dem Kapitalismus erzeugten industriellen Reservearmee für das Proletariat heraufbeschworen werden, und er sieht in dem regelnden Eingreifen der Gewerkschaften die dem Kapitalismus entgegenwirkende wachsende Macht des Proletariats voraus.

Er schreibt: »Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es zugeht, daß im selben Maße, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer unsicherer für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Drucke der relativen Übervölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade Unions (Gewerkschaften) eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und den Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zertert das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des eigenen und sozusagen heiligen Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das reine Spiel jenes Gesetzes.«

Also, um die ruinierenden Folgen der kapitalistischen Produktion zu brechen oder zu schwächen, muß der Zusammenhalt zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten d. h. zwischen allen Berufsangehörigen hergestellt werden. Die Arbeiter müssen sich also organisieren. Weiter: Die organisierten Arbeiter müssen die Regelung ihrer beruflichen Verhältnisse in die Hand nehmen, um das »reine Spiel des Gesetzes über Nachfrage und Angebot« zu stören, unwirksam zu machen, um nicht dem Chaos zu verfallen. Sind wir darum nicht auf dem richtigen Wege, wenn wir die Regelung der beruflichen Arbeitsverhältnisse so konsequent betreiben und zeitweilig sogar über die Lohnfrage stellen? Und gilt nicht jene richtunggebende Untersuchung, bei deren Niederschrift Marx wohl ausschließlich die Zeiten der Überproduktion im Auge hatte, nicht doppelt und dreifach für die Periode der Produktionsstodung? Wollten wir jetzt auf die regelnde Tätigkeit der Tarife verzichten, wir arbeiteten den verwüstenden Tendenzen des Kapitalismus direkt in die Hände. Denn eine »reale ökonomische Macht der Arbeiterklasse« besteht noch nicht, Kollege U. Die Hunderttausende von Arbeitslosen, die Betriebsstilllegungen, der Sturmhauf der Kapitalisten gegen die gebundene Wirtschaft beweisen das am besten. Die Klasse der Kapitalisten weiß, daß die Arbeiterschaft mit ihren Versuchen, dem Wirtschaftsorganismus neue Säfte zuzuführen, auf dem richtigen Wege ist. Daher der erbitterte Widerstand des Kapitals und der mit ihm versippten Kreise. Wollen wir vor diesem Widerstand zurückweichen und schon errungene Positionen wieder aufgeben, nur um der sogenannten »revolutionären Aktion« willen, die in Wirklichkeit nichts weiter ist, als ein den Kapitalisten willkommenes Anlaß, ihre Macht noch mehr zu befestigen? Ich sage deshalb: Die Zähne zusammen gebissen und festgehalten an dem für richtig erkannten Wege. Damit beantworten wir am besten die Frage des Kollegen U., was zu tun sei, um aus unserem Zustand herauszukommen. Mit unserer Beharrlichkeit verstärken wir die Kräfte, die zur Überwindung der jetzigen Wirtschaftskrise eingesetzt werden müssen. Die kommende Epoche aufsteigender Konjunktur findet uns dann gerüstet, um dem Kapital weiteren Boden unter den Füßen zu entziehen.

So haben wir zu arbeiten, um den unendlichen Übergang der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische herbeizuführen. Nicht in stummer Ergebnisheit in unser Schicksal, sondern in reger Tätigkeit mit dem Bewußtsein unseres endgültigen Sieges.

»Die deutsche Arbeiterschaft trägt die Kraft in sich, die kommenden Verhältnisse zu meistern, darum »wird« Deutschland die soziale Revolution zu Ende führen,« sagt Kollege U. und ich unterstreiche diese zuversichtlichen Worte aus voller Überzeugung, indem ich hinzufüge: wenn die deutsche klassenbewußte Arbeiterschaft sich wieder als ein Ganzes fühlt und die einzelnen Teile sich wieder zu einheitlichem Handeln zusammenfinden.

Feststehen in der Not des Tages;
Wir schaffens, wenn wir einig sind.

F. Kirchoff.

Ortsberichte.

Düsseldorf, Chemigraphen. Akkordsystem Römmler, Chemigraphen Konferenz und Tarifrevision waren Tagesordnungspunkte der am 28. September stattgefundenen Chemigraphenversammlung. Nachdem der Kreisvertreter Kollege Gutmann nochmals kurz über den Verlauf der Tarifausschussung berichtet hatte, behandelte Kollege Lynen

die einzelnen Punkte des Römmlerschen Produktions-Anteilssystems und unterzog dieselben einer näheren Kritik.

Seine Ausführungen, wie die aller anderen an der Debatte beteiligten Kollegen gingen dahin, daß ein solches Akkordsystem die Ausbeutung der Gehilfen im wahrsten Sinne des Wortes bedeutet. Wird schon nach den jetzigen Geschäftspraktiken und niedrigen Kalkulationen die Arbeitskraft im höchsten Maße angespannt, so daß bei einer Herabsetzung der Preise für Klischees, auch bei intensivster Arbeitsleistung, kaum der tarifliche Mindestlohn erreicht werden könnte. Ganz abgesehen von Punkt 2 des R. Antrages, wenn es gilt Konkurrenz der Schmutzkonzurrenz und den Schleudern.

Alle entstehenden Unkosten, wie Entschädigung der Kommissionsmitglieder für ihre Leistungen außerhalb der arbeitsständigen Arbeitszeit, sowie die vom sozialen Weiblick getragene Arbeitslosenversicherung des Antragstellers, werden zum Teil auf die Schulden der Gehilfen geladen.

Ganz besonders verdient auf die kurzfristige Tätigkeit der Mitglieder der einzelnen Kommissionen hingewiesen zu werden, welche mit Wohlwollen der Geschäftslängsten 4 Wochen, ohne dieses, höchstens 3 Tage ihres Amtes warten dürfen. Damit soll der sachgemäße Einblick der Kommissionsmitglieder in der Geschäftsführung erreicht werden?

Die Sterblichkeitsziffer der Gehilfen im Graphischen Gewerbe ist ohnehin schon erschreckend hoch genug, als das dieselbe durch Einführung eines solchen Systems noch gesteigert wird.

Für die Düsseldorf-Gehilfen ist das Produktions-Anteilssystem Römmler »undiskutabel« und wurde einstimmig abgelehnt.

Zu Punkt 2 wurde beantragt, außer dem Kreisvertreter noch einen Kollegen zur Chemigraphenkonferenz zu delegieren. Die Aufgabe der Chemigraphenkonferenz sei, die Umwandlung des Tarifes zu einem modernen, den heutigen Verhältnissen entsprechenden, diesen durch Geschlossenheit auch zur Verwirklichung zu bringen. Zur Tarifrevision wurden beifolgende Abänderungsanträge gestellt:

§ 2. Die Arbeitszeit beträgt 42 Stunden.

§ 6. Nach einjähriger Beschäftigungsdauer erhalten alle Gehilfen 14 Tage Ferien.

§ 9. Die weitere Ausbildung von Lehrlingen hat zu unterbleiben.

§ 17. Die Kreisvertretung des Kreises 5 ist in Düsseldorf. Die aus dem Tarif verschwundene Klausel: »Bestehende, bessere Arbeitsbedingungen und Verhältnisse werden durch Tarifbeschluß nicht beeinträchtigt« soll in den Tarif wieder aufgenommen werden.

Photogr. Mitarbeiter.

Die Tagung des Zentralverbandes in Erfurt.

Aus der umfangreichen Tagesordnung interessieren uns am meisten die das Verhältnis zur Gehilfen-schaft und das Lehrlingswesen betreffenden Punkte. Wie auf fast allen Unternehmertagungen war ein Schnelltempo zur Erledigung der Tagesordnung vorgehender, und eine ausführlichere Besprechung selbst der wichtigsten Fragen unmöglich. Dadurch drängt sich fast immer die schärfere (hier reaktionäre) Richtung vor und eine einseitige Note wird in die Verhandlungen hineingetragen. Trotzdem kann davon, daß eine einheitliche Meinung überall zum Ausdruck gekommen wäre, nicht gesprochen werden. Die Nebeneinanderstellung von Innungen und freien Vereinen erschwerte das Arbeiten ungemein. Die freien Vereine, in denen auch die Photo-Händler sind, braucht man aber als zahlende Glieder. Eins zeigte aber die Verhandlung unzweideutig: den Einfluß der reaktionär geführten Innungen auf die Stellungnahme gegen die Gehilfenorganisation — Die Zwangsbeiträge der Innungen werden zur Bekämpfung der Bestrebungen der Gehilfenschaft um bessere Lohn und Arbeitsbedingungen benutzt. Wiederholt wurde an dieser Stelle auf den Erlaß vom preußischen Handelsminister hingewiesen, der die Abführung von Innungsmitteln zur Bekämpfung der Gehilfenschaft ausdrücklich untersagt. — Man ist es ja von den Photoographen fast allgemein gewohnt, daß sie sich über Gesetze und Verordnungen hinwegsetzen. Wo es aber den Innungsherrn paßt, berufen sie sich auf längst nicht mehr zeitgemäße veraltete Gesetze oder fordern, solche einzuführen. Das kam auch auf dieser Tagung mehrfach zum Ausdruck. Einige Vertreter, die den Gehilfen sachlich gerecht wurden, konnten nicht durchdringen. Nach der Fachpresse, die bisher über diese Tagung berichtet hat, gab der Bericht ein reichliches Maß von Arbeit, die besonders vom Vorsitzenden geleistet war, zu erkennen; wenn man auch in Betradt ziehen kann, daß manches, was als Erfolg verzeichnet wird, eine Selbstverständlichkeit ist. Der Etat veranschlagte mit 9781 Mark Einnahmen und 9743,98 Mk. Ausgaben, eine Summe, die in Anbetracht der Mitgliederzahl lächerlich gering erscheint. Die Knauserigkeit bei den Photo-graphen für Organisations- und Berufszwecke scheint ein chronisches Übel zu sein. — Hinzu kommt, daß,

wie in den Verhandlungen berichtet wurde, 39 von 76 angeschlossenen Vereinen bis 1. September noch keine Beiträge abgeführt hatten. Also trotz der geringen Beiträge als Papiersoldaten gelten. Braucht man sich da noch über die Krauserigkeit bei der Entlohnung zu wundern? — Über Tarifverträge sagt der Bericht nach der Wiedergabe durch den »Photograph« folgendes: »Die in Breslau gewählte Kommission hat Richtlinien für Tarifverträge aufgestellt, die allen Vereinigungen, die in Verhandlungen treten, übersandt werden. In vielen Fällen, wo man sofort, wie wir gebeten hatten, uns die Forderungen der Gehilfenschaft mitteilte, waren wir in der Lage, den Kollegen wertvolle Auskünfte zu geben, um bedeutend bessere Verträge abzuschließen. Leider hat man sich in verschiedenen Fällen nicht an uns gewandt; es wurden große Fehler beim Abschluß gemacht, wodurch die betreffenden Photographen stark geschädigt wurden, ja den Kollegen die Erfahrung in Tarifabschlüssen fehlte und sie den gewandten Gewerkschaftsbeamten nicht gewachsen waren. Die Fehler wären vermieden worden, wenn man unseren Rat eingeholt hätte. Die Abschlüsse sind im allgemeinen »uhig erfolgt. Wenn Schwierigkeiten entstanden, war es zwischen Innungen und dem Senefelderbund. Die Innungen bestanden auf ihrem gesetzlichen Recht, Tarifverträge mit ihren Gehilfenausschüssen abzuschließen, (in welchem Gesetz steht etwas derartiges? D. B.) was der Senefelderbund wiederholt dadurch zu verhindern suchte, daß er an Stelle des Gehilfenausschusses als tarifabschließender Teil eintreten wollte. — Wenn es dem Senefelderbund wirklich nur darum zu tun wäre, die Lage der Gehilfenschaft zu verbessern und er genügend Anhänger in den betreffenden Bezirken hat, kann er die ihm genehmen Kandidaten in den Gehilfenausschuß wählen. Durch diesen Streit sind verschiedentlich die Abschlüsse verzögert worden. Eine Anzahl Innungen, die ihre gesetzlichen Rechte nicht nehmen ließen, haben mit ihren Gehilfenausschüssen abgeschlossen. Diese Ausführungen beweisen mehr wie alles andere, wie vorteilhaft die Funktionäre unseres Verbandes für die Photoographen-Kollegenschaft gewirkt haben.

An dieser Stelle sowie in anderen Fachzeitschriften ist klar genug bewiesen worden, daß die Gehilfenausschüsse in den Innungen »nix zu seggen« haben und zur Untätigkeit verurteilt sind. Der Bericht besagt auch u. a., daß Empfangsdamen in photographischen Ateliers laut Entschluß des Rentenausschusses der Angestelltenversicherungspflicht nicht unterliegen, also nicht als Angestellte gelten. Bei der Beratung über die Erhöhung der Beiträge wurden die Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen in Vergleich gestellt und den Herren Prinzipalen als Ansporn vorgehalten. Schließlich wurde ein Jahresbeitrag von 12.— Mk. pro Mitglied festgesetzt. Von unseren Mitgliedern ist zu beachten, daß hierzu für die Herren Prinzipale die Beiträge für die örtlichen Vereine und Innungen kommen, außerdem erhalten die Herren keinerlei materielle Gegenleistung.

Die Entschädigung des Vorsitzenden Herrn Schlegel wurde auf 10000 Mark und 1000 Mark Präsentationsgelder festgesetzt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Ein Antrag Hildeheim, nur Fachphotographen als Mitglieder aufzunehmen, wird abgelehnt, da sich in der Praxis Schwierigkeiten ergeben würden. Wir vermuten, daß man sich die Händler und Fabrikanten als zahlende Mitglieder erhalten will, die man im Hinblick auf die geringe Geneigtheit, höhere Beiträge zu zahlen, nicht missen möchte. Die Regelung des Lehrlingswesens wurde wieder lang und breit besprochen, beraten kann man das wohl kaum nennen, denn es lagen keinerlei Richtlinien vor. Hierausgekommen ist dabei wieder nichts. Man beschloß aber, um überhaupt hierzu etwas zu beschließen, den Gehilfen bzw. ihrer Organisation kein Mitbestimmungsrecht hierüber einzuräumen. Die Höchstzahl der Lehrlinge ist auf 2 festgesetzt. Wie die Berednung der Lehrlingszahl zu verstehen ist, geht aus den Veröffentlichungen nicht hervor, anscheinend soll jeder Photograph ob mit oder ohne Gehilfen 2 Lehrlinge halten können. Ein Antrag der Berliner Zwangsinnung, der gegen die Lehranstalt des Leitheuses gerichtet war, wurde von den eigenen Mitgliedern der Zwangsinnung bekämpft. Es handelte sich um die Privilegierung des Leitheuses in bezug auf die Gehilfenprüfung, die schließlich befürwortet wird, trotzdem ein großer Teil der Vertreter für die Anstaltslehre nicht eingenommen war.

Dann wurde ein Vorstoß gegen die Gewerbefreiheit beschlossen, indem zwei Anträge »Bruck« angenommen wurden. Der erste verlangt den Befähigungsnachweis zur Ausübung des Gewerbes, während der zweite die Aufhebung des § 100 zu der Gewerbeordnung verlangt, wodurch den Innungen die Festsetzung von Mindestpreisen verboten ist. Daß man logischer Weise den Gehilfen das Recht zur Festsetzung von Mindestlöhnen zugestehen will, davon ist nichts gesagt. Die Einführung einer Eignungsprüfung der Lehrlinge wurde in Aussicht genommen, doch muß man erst die hierzu auszuarbeitenden Richtlinien abwarten. Erfreulicher Weise sprach man sich einstimmig für die Bekämpfung wilder Lehranstalten aus. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei dem Beschluß. Die Arbeitsvermittlung des Bodumer Arbeitsnachweises wurde

einer Kritik unterzogen und anschließend daran beschlossen, die Schwierigkeiten in der Zureise Arbeitsloser durch eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium zu beheben. Wir sind der Auffassung, daß die Zureise nach solchen Orten, wo noch Arbeitslose vorhanden sind unter allen Umständen noch weiter zu versagen ist. Die Debatte über unläuteren Wettbewerb und Mindestpreise brachte kein bemerkenswertes Resultat. Dann wurden unseres Erachtens mit Unrecht Vorwürfe gegen den »Photograph« erhoben und die Schaffung eines eigenen Organs beantragt. Man beschloß mit einem bestehenden Fachblatt (Chronik?) einen Vertrag abzuschließen und dieses als Organ des Zentralverbandes festzulegen.

Am letzten Tage wurde noch über die Frage der Tarifverträge verhandelt. Hierzu bemerkte der Vorsitzende Herr Schlegel: daß zweifellos teilweise wahre Hungerlöhne bezahlt werden. Von fortgeschrittenen Vertretern wurde bedauert, daß es nicht zu einem Reichstarif gekommen sei. Auf die Anregung eine besondere (gelbe) Gehilfenorganisation zu schaffen, erwiderte Herr Schlegel, daß er mit derartigen Arrangements auf dem Verbandstag in Breslau, (voriges Jahr) mit Pauken und Trompeten durchgerasselt sei. Die Versammlung beschloß aber, den Senefelderbund durch Tarifabschlüsse mit den Gehilfenausschüssen auszuscheiden. Welcher Geist einen großen Teil der Vertreter beherrscht geht daraus hervor, daß man gegen den gesetzlichen Arbeitstagenarbeitssturm lief. — Resigniert mußte man zugeben, daß hiergegen nichts zu machen sei.

Nur in einem Punkte möchte man die Mitarbeit der Gewerkschaftsorganisation annehmen; in der Bekämpfung der Fälscherei. Hierbei befürwortete aber Herr Stadelmann, daß der Gehilfenorganisation ein Kompensationsobjekt gereicht werde, das sie dementsprechend ausnutzen würde. Die Gewerkschaften und ihre Vertretungen haben stets bei der Beseitigung von offenbaren Berufsschäden ohne Vorbehalte mitgewirkt und werden das auch weiter tun. Sie werden sich auch durch noch so reaktionäre Beschlüsse nicht von dem geraden Weg drängen lassen. — Die Tagung des Zentralverbandes zeigt eine arbeitsame, treibende Kraft in seinem Vorsitzenden. Um aber wirklich den Beruf zu gesunden, müssen sich die einzelnen Vereine und Mitglieder mehr dem Geist und den Aufgaben der neuen Zeit anpassen.

Unsere Kollegenschaft muß all den Fragen dieser Tagung, die auf einmal nicht alle behandelt werden können von ihrem Standpunkt aus, das größte Interesse entgegenbringen und überall da einsetzen, wo es erforderlich ist. Es wird deshalb auch notwendig sein zu einzelnen der vom Zentralverband behandelten Fragen noch besonders Stellung zu nehmen. Dem fortschreitenden Zusammenschluß der Arbeitgeber ist eine geschlossene Front der Gehilfenschaft gegeben; über zu stellen notwendig, nur dann kann sie als gleichberechtigter Faktor überall wo es notwendig ist ein Paroli bieten. In sachlicher organisatorischer und fählicher Arbeit zum Wohle des gesamten Berufes

Graphische Technik.

Kleine Maschinen im Steindruck.

Die technische Entwicklung der Maschinen im Steindruckgewerbe hat bisher zwei große Richtungen eingehalten. Es sind dies 1. die fortschreitende Vergrößerung der Formate der flachlaufenden Maschinen und 2. die Ablösung des flachen Druckes durch den Rotationsdruck. War die Vergrößerung der Formate lediglich eine Weiterbildung des schon seit grauer Zeit geltenden Prinzips des flachen, horizontal liegenden Druckträgers, so bildete die Problemlösung des rotierenden Druckträgers den Anfang einer neuen Periode in der Entwicklung des Maschinenwesens des Steindrucks.

Der Beginn dieser maschinellen Entwicklung zum rotierenden Druckträger, der bis jetzt in der Offsetmaschine seinen vollkommensten Ausdruck findet, ist älter als mancher Kollage glauben wird. Schon bald als die Schnellpresse einen überaus großen Einfluß im Steindruck sich verschaffte, tauchte der Gedanke auf, dem Lithographiestein die runde, zylindrische Form zu geben und so, ähnlich wie im Buchdruck, in ununterbrochener Folge zu drucken; den bei der Schnellpresse leeren Gang auszuscheiden. Die auch tatsächlich gebauten Maschinen für Verwendung zylindrisch zugerichteter Lithographiesteine vermochte jedoch nicht sich breiteren Eingang zu verschaffen und die rationale Auswertung des Steindrucks blieb darauf beschränkt durch Vergrößerung der Formate eine Verbilligung der Produktion herbeizuführen.

So lange der Steindruck allein die Herrschaft, im besonderen im Buchdruck, hatte, bestand für ihn kein Grund, sich um die kleineren Aufträge mehr merkantiler Art zu reißern. Sie verblieben dem Buchdruck, der mit seinen kleineren Maschinen wie Bostonpresse, Tiegel für kleine und große Formate, Billetdruckmaschinen usw. diese Bedürfnisse vollständig befriedigte. Jede große Buchdruckerei ist mit diesen kleinen Maschinen ausgerüstet die ihr gestattet neben den größeren

Aufträgen auch die kleineren, bei jeder Kundschaft sich einstellenden Wünsche zu befriedigen und sich so eine viel größere Beständigkeit der Besteller und auch der Beschäftigung zu sichern.

Als dann durch das Aufkommen des Drei- und Vierfarbendruckes auch der Buchdruck mehr und mehr auf die Buchdruckmaschine abwanderte, der Buchdruck durch das Klischee überhaupt in die Lage kam seine Erzeugnisse bildmäßig auszustatten, der Lichtdruck und der Tiefdruck mehr und mehr an Einfluß gewannen, da war es auch für den Steindruck höchste Zeit, seine Maschinen zu vervollkommen, um leistungsfähig zu bleiben.

Die Entwicklung zur Offsetmaschine, auch in Verbindung mit der Photomechanik, hat noch nicht vermodert, die durch die neuere Entwicklung der anderen Druckmethoden dem Steindruck entzogenen Arbeitsgebiete zurückzuerobieren. Die schnelllaufende Offsetmaschine mit ihren großen Formaten verlangt eine immer größere Auflagezahl, will sie rentabel sein. Bei den hohen Papierpreisen und sonstigen hohen Unkosten ist jedoch die Beschaffung größerer Druckaufträge mit vielerlei Schwierigkeiten verbunden und die Möglichkeit, auch kleinere Aufträge unter Anwendung der im Steindruck sich vollzogenen technischen Vervollkommnung, ausführen zu können, nicht gegeben. Deshalb erhebt sich jetzt immer stärker der Ruf, auf dem Prinzip der Offsetmaschine aufbauend, ähnlich wie im Buchdruckgewerbe auch für den Steindruck kleinere Maschinen zu bauen. Es werden Maschinen kleinen und kleinsten Formates verlangt. Sicherlich wäre es für den Steindruck von wesentlichem Vorteil, wenn statt der Buchdrucktexte, Merkantilithographie, Steinauto und alle vorhandenen lithographischen und photomechanischen Manieren zur Verwendung auch bei kleineren Aufträgen kommen könnten unter rationellster Leistungsfähigkeit. Die geschmackvolle Ausgestaltung auch kleinerer Druckarbeiten würde dadurch wesentlich gefördert. Hinzu käme noch, daß die Verwendung schon vorhandener Originale ins Unermeßliche gesteigert werden könnte und die photolithographische Übertragung ein weiteres Feld sich sichern könnte.

Die Vorzüge sind kleiner, aber schnelllaufender Maschinen auch für den Steindruck ließen sich noch an einer ganzen Reihe von Beispielen erweisen, die für unsere Maschinenfabrikation ein Anstoß sein sollte, diesem Problem mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zuzusenden. Daß sich die Maschinenfabriken aber schon mit dieser Frage beschäftigen, zeigt eine Auslassung der Firma Walter Keller, Barmen-Wiehl, dahingehend, daß sie schon seit längerer Zeit an einer Maschine baut, die diesen Ansprüchen genügt. Durch Verwendung einer präparierten Platte sollen eine große Reihe Erzeugnisse des Steindrucks, wie Merkantilarbeiten, photolithographische Übertragungen, Originalkreide- und Federzeichnungen, Chromoarbeiten usw. direkt gedruckt werden können. Neu daran ist die Verwendung dünner, biegsamer Platten »D. R. P. Fodex«, die ein direktes Übertragen von Schreibmaschinenschrift, Buchdruck, Übersetzungen usw. ermöglichen soll, wodurch das zeitraubende Kontieren wegfiel und der Charakter der Arbeit in jeder Weise gewahrt bleibe, neben rationellster Druckleistung.

Wenn die hier angezeigte Maschine auch den Bedürfnissen zur Erledigung kleinerer Aufträge gerecht wird und die nur von einer Person zu bedienenden Maschine sich bewährt, dürfte eine Lücke ausgefüllt und mit einer baldigen Einführung dieser Maschine in die Praxis zu rechnen sein. Da wie immer, auch mit der Einführung dieser Maschine die Absicht verbunden sein wird, bedeutende Ersparnisse zu machen, gilt es von vornherein darauf zu achten, daß diese Ersparnisse nicht auf Kosten der Arbeiter gemacht werden, sondern lediglich der damit zweifellos verbundene technische Fortschritt die Ursache zum Ersparnis und damit zur Verbilligung der Produktion ist, die andererseits die Möglichkeit gibt, durch erhöhte Produktion die Arbeitslosigkeit zu mildern. hr.

Eingegangene Gelder.

Für das II. Quartal wurden noch folgende Beiträge eingesandt:

Altendorf 700,—, Altona 300,—, Altwasser 1899,90, Aschaffenburg 1473,75, Aschersleben 1600,—, Augsburg 1500,—, Barmen 7247,93, Bauten 3194,97, Berlin 65460,80, Bielefeld 797,11, Bonn 550,—, Braunschweig 162,25, Brandenburg, II. Rate 1600,—, Braunschweig 4466,53, Bremen 2865,23, Breslau 2500,—, Buchholz 1000,—, Bunzlau, II. Rate 85,—, Burgstädt 248,10, Chemnitz, II. Rate 2800,—, Coblenz-Limbach 125,40, Coswig 675,—, Crefeld 1500,—, Crimmitschau, II. Rate 1000,—, Darmstadt 600,—, Dessau 800,—, Detmold, II. Rate 2200,—, Dortmund 1308,81, Dresden, II. Rate 4000,—, Duisburg 460,75, Düren 1200,—, Düsseldorf 2800,—, Einbeck, II. Rate 800,—, Eilenburg 550,51, Emmerich 438,40, Erfurt 2800,—, Essen 1100,—, Eßlingen 1070,—, Frankfurt a. M. 2500,—, Frankfurt a. O. 1050,—, Geisingen 60,75, Gera 1300,—, Gleiwitz 407,35, Glogau, II. Rate 1000,—, Göppingen 504,50, Görlitz 400,—, Gotha 1039,14, Greiz 100,—, Grimma 500,—, Halberstadt, II. Rate 200,—, Halle 1700,—,

Hamburg, II. Rate 3500,—, Hanau, II. Rate 4100,—, Hannover, II. Rate 4000,—, Heidelberg 266,35, Heidenheim 954,70, Heilbronn, II. Rate 700,—, Herford, II. Rate 527,55, Hildesheim 1749,93, Hirschberg, II. Rate 359,—, Hofgöhlenau, II. Rate 612,32, Höxter 224,20, Jera 252,72, Iserlohn 1356,04, Kaiserslautern, II. Rate 200,23, Karlsruhe, II. Rate 1500,—, Kattowitz, II. Rate 250,—, Kaufbeuren 1229,72, Kempen, II. Rate 333,94, Kiel 318,25, Königsberg 500,—, Lahr 2000,—, Leipzig 53000,—, Lobberich, II. Rate 199,90, Lübeck 80,—, Lüdenscheid 300,—, Lüneburg 200,—, Magdeburg 3882,60, Mainz 1263,90, Mannheim 1204,50, Meissen 500,—, Mürden 16500,—, München II 7000,—, München III 412,65, M.-Gladbach, II. Rate 700,—, Münster 268,44, Neurode 403,80, Neuruppin, II. Rate 615,95, Niedersiedlitz, II. Rate 2158,—, Nordhausen, II. Rate 250,—, Nürnberg, II. Rate 11000,—, Offenbach, II. Rate 2700,—, Offenbach 534,38, Osnabrück 280,—, Pforzheim 500,—, Regensburg 109,31, Reichenbach 200,—, Rheydt, II. Rate 3955,56, Rostock 94,15, Saalfeld, II. Rate 1500,—, Schramberg 696,90, Schweidnitz 519,—, Schwerin 140,—, Seib 1197,54, Solingen 450,—, Stettin 1357,—, Stolberg, II. Rate 500,—, Stuttgart 6000,—, Tilsit 110,—, Trier 1163,20, U. m. 500,—, Viersen, II. Rate 544,94, Waldkirch 800,—, Wanfried 1428,10, Weimar 150,50, Wesel 350,—, Würzburg 2300,—, Wurzen, II. Rate 534,54, Zeitz, II. Rate 570,62, Zittau 234,33 und Zwickau 2400,— Mk.

Für das III. Quartal 1920 gingen folgende Beiträge ein:

Altendorf 743,50, Altwasser 1600,—, Aschersleben 1400,—, Bautzen 2600,—, Berlin 31000,—, Bielefeld 1500,—, Brandenburg 2350,—, Braunschweig 3580,47, Buchholz 900,—, Caswig 1000,—, Chemnitz 5500,—, Cöln 6000,—, Coswig 730,—, Crimmitschau 2400,—, Danzig 500,—, Detmold 2800,—, Dortmund 1904,49, Dresden 8500,—, Düsseldorf 2000,—, Ebersbach 100,—, Einbeck 2100,—, Emmerich 460,41, Efurt 2000,—, Frankfurt a. M. 6500,—, Freyburg i. B. 400,58, Glogau 1150,—, Hamburg 6500,—, Hanau 2200,—, Hannover 9200,—, Heidenheim 796,25, Heilbronn 500,—, Hildburghausen 300,—, Hildesheim 973,01, Hofgöhlenau 392,35, Iserlohn 714,35, Kaiserslautern 305,13, Kattowitz 478,80, Kempen 381,50, Leipzig 50000,—, Lübeck 1450,—, Magdeburg 2000,—, Mannheim 700,—, Mühlhausen i. Th. 655,80, München I 4000,—, München II 11000,—, M. Gladbach 1600,—, Münster 208,50, Neurode 1100,—, Neuruppin 909,31, Niedersiedlitz 450,—, Nordhausen 300,—, Nürnberg 12000,—, Offenbach 3000,—, Potsdam 326,—, Reichenbach 500,—, Rheydt 3000,—, Rostock 433,10, Saalfeld 2500,—, Schweidnitz 450,—, Solingen 1100,—, Stettin 700,—, Stolberg 600,—, Tilsit 60,—, Viersen 685,20, Wanfried 1453,35, Würzburg 1000,—, Wurzen 959,18 und Zwickau 2508,— Mk.

Berlin, den 23. Oktober 1920. Wlth. Brall.

Adressen-Änderungen.

5. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserleiher (»Graph. Presse« Nr. 16, 21, 23, 28 und 35).

Zur Beachtung! Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Vorstand der Lithographen und Steindrucker, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, III zu berichten.

Braunschweig: Wilhelm Wägele, Korfesstraße 15, III.

Bremen: Rudolf Hahn, Hemmstraße 114/116, III.

Bromberg: Th. Klein, Schleinitzstraße 22.

Bunzlau in Schlesien: Albert Schnieber, Schönfelder Straße 4.

Düren, Rheinland: Georg Schloßbauer, Rurstr. 13.

Duisburg: Karl Kruse, Duisburg-H., Wanheimerstraße 28, III.

Leipzig: Notenstecher: Carl Hödel, Leipzig, Blumestraße 12, I.

Schweningen a. N.: Heinrich Schilling, Sedanstraße 24.

Gauvorstände:

Gau IV Köln a. Rh.: Martin Reiß, Köln a. Rh.-Sülz, Berrenrathstraße 181, III.

Gau VII Frankfurt a. M.: Th. Mittendorf, Frankfurt a. M., Humboldtstraße 70, II.

Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Gehilfen-Kreisvertreter:

Kreis III Barmen: Martin Reiß, Köln a. Rh.-Sülz, Berrenrathstraße 181, III.

Kreis IV Frankfurt a. M.: Th. Mittendorf, Frankfurt a. M., Humboldtstraße 70, II.

Tarifamt und Zentralarbeitsnachweis für Deutschlands Chemigraphen u. Kupferdrucker

Gehilfenvertreter des Tarif-Ausschusses:

Kreis VI: Wilhelm Wägele, Braunschweig, Korfesstraße 15, III.